## Die energiepolitischen Folgen aus dem Ukraine-Konflikt

## Taskforce des Umweltministeriums zur Energie-Versorgungssicherheit

Dienstag 1. März 2022 – **Hannover (wbn). Angesichts der möglichen Folgen für die Energieversorgung Niedersachsens aufgrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und der zeitnahen Realisierung eines LNG-Terminals in Niedersachsen hat der Niedersächsische Energieminister Olaf Lies heute die Einsetzung von zwei „ad hoc-Taskforces“ veranlasst.**

Die Taskforce - auf Deutsch: Einsatzgruppe - „sichere Energieversorgung" wird sich mit den Fragen der Versorgungssicherheit Niedersachsens und den notwendigen energiepolitischen Folgen aus dem Ukraine-Konflikt beschäftigten.

Fortsetzung von Seite 1

Die Taskforce „LNG Wilhelmshaven" soll seitens der Landesregierung die Planung, Genehmigung und Umsetzung der aktuell diskutierten Green-Gas-Ready LNG-Projekte unterstützen.

Dazu Niedersachsens Energieministier Olaf Lies: „Der Ukraine-Konflikt verursacht nicht nur Krieg, Zerstörung und unfassbares menschliches Leid. Er hat uns auf dramatische Weise vor Augen geführt, wie erpressbar wir durch eine einseitige Abhängigkeit von einzelnen Energielieferanten sind.

Mit den zwei Taskforces werden wir als Landesregierung die nun drängenden Fragen koordinieren und eng begleiten. Es geht darum, dass wir gerade auch mit Blick auf den kommenden Winter die Sicherheit unserer Energieversorgung für Bevölkerung und Wirtschaft sicherstellen.

Und es geht darum, Planung, Genehmigung und Bau eines LNG-Terminals voranzutreiben und zentral zu koordinieren. Denn wir müssen uns zügig aus der einseitigen Abhängigkeit befreien. Die Taskforce wird das Augenmerk ihrer Arbeit auf einen Standort in Wilhelmshaven bündeln. Aber auch ein möglicher Standort in Stade wird weiter Thema bleiben. Dabei müssen wir sicherstellen, dass wir keine fossilen Investitionsruinen schaffen, sondern mit Green-Gas-Ready-Fähigkeiten eine Importinfrastruktur schaffen, die auch in weiterer Zukunft noch genutzt werden kann - dann für den Import von grünem Gas."

Beide Taskforces werden in den kommenden Tagen ihre Arbeit aufnehmen und sollen im Austausch mit Verbänden, Gewerkschaften, Energieversorgern, Infrastruktur-Betreibern und Netzunternehmen diese drängenden Fragen begleiten und koordinieren.

**Transparenzhinweis der Redaktion:** Dieser Text basiert auf Informationen aus dem Niedersächsischen Umweltministerium.